



Gelsenkirchen

Die Oberbürgermeisterin

Mitteilungsvorlage		
<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Drucksache Nr.		
20-25/5831		

Referat, Auskunft erteilt, Telefon-Durchwahl

ISG - Institut für Stadtgeschichte - Herr Dr. Schmidt, Tel. 1 69 - 85 50

Datum

14.12.2023

Beratungsfolge

Sitzungstermine Top

Ausschuss für Kultur, Tourismus und urbane Szene 06.03.2024

Betreff

**Anregungen und Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), hier: Eingabe des Herrn Klaus Brandt
„Neuer Bürgerantrag: Struktur der DI“**

Inhalt der Mitteilung

Im Rahmen einer Eingabe nach § 24 GO NRW regt Herr Klaus Brandt mit dem Betreff

„Neue Bürgeranregung: Struktur der DI“

Folgendes an:

„Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin als Schirmherrin werden aufgefordert, der Öffentlichkeit umfassend Auskunft über die Struktur der DI zu erteilen. Dabei soll auch geklärt werden:

Existiert eine Satzung?

Wenn ja: Was steht drin?

Existieren Niederschriften über die Sitzungen der DI? Wenn ja: Werden sie bekanntgegeben? Wenn nein: Warum nicht?

Wie wird abgestimmt? Haben Oberbürgermeisterin, ISG und evtl. andere nur EINE Stimme?

Existiert ein Beirat oder ein vergleichbares Gremium? Gibt es Sachgründe, die insbesondere dem Gelsenzentrum e.V., der Partei DIE LINKE, der WIN und der VVN-BdA den Zugang zur DI verwehren?

Begründung:

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) mit Sitz in Bonn, die Hanna-Arendt-Stiftung und so gut wie alle im Einsatz für Demokratie und Menschenrechte tätigen „Akteure“ haben eine transparente Struktur: Eine Satzung, vielfach auch einen Beirat, Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip und alles, was sonst zur

Demokratie gehört. Offenbar gibt es in der DI ausschließlich einstimmige Beschlüsse: „Israelbezogener“ Antisemitismus, „BDS“ über das man verschiedener Meinung sein kann, wobei das Meinungsspektrum der Stadtgesellschaft, soweit es sich im demokratischen Rahmen – Stichwort : „Einsatz gegen Rechtsextremismus“ - bewegt, tunlichst vollständig abgebildet werden sollte. „Gegen rechts“ und ist kaum vereinbar mit einer Linie des Schweigens über über die rechtspopulistische Nahostpolitik der Administration Trump in den USA – und erst recht nicht mit einer Linie des Schweigens über die offen rechtsradikale und völkerrechtswidrige Politik der Administration Netanyahu mit Ministern wie Itamar ben Gvir und anderen .

Klaus Brandt

Ps. Die „Erklärung zum Datenschutz“ ist mir bekannt, ich mache sie mir auch im Rahmen vorliegender Bürgeranregung zu eigen. Zu der Frage, ob ich in einer demnächstigen Sitzung persönlich gehört zu werden wünsche, möchte ich an dieser Stelle keine Erklärung abgeben. Ich sehe dafür im einschlägigen Regelwerk keine Rechtsgrundlage und auch sonst keinen Sinn. Das zuständige Gremium kann und wird ohnehin sachgerecht abwägen und entsprechend (ohne Aussprache) beschließen.“